



**Antworten der  
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)  
auf die Fragen des  
Netzwerks Grundeinkommen**

**1. Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei, um das Grundrecht auf ein Leben in Würde, wie es in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union dargelegt wird, für alle EuropäerInnen zu garantieren?**

**Antwort**

In erster Linie brauchen die Menschen in Europa Beschäftigungsperspektiven. Arbeitslosenquoten von fast 30 Prozent bzw. fast 60 Prozent bei Jugendlichen in den südlichen Krisenländern sind Verstöße gegen die Würde vieler Menschen. Hier müssen notwendige Reformen und Investitionen ansetzen und existierende Ansätze zur Änderung der Strukturen und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit weiter konsequent verfolgt werden. Dass Strukturreformen erfolgreich sein können, hat Deutschland bewiesen. Seit 2005 hat sich die Arbeitslosenquote mehr als halbiert. Deutschland ist vom drittschlechtesten zu zweitbesten Wert aufgerückt. Seitdem konnte auch der bis 2005 dramatische Anstieg der Einkommensunterschiede in unserem Land gestoppt werden.

**2. Wie steht Ihre Partei angesichts der heutigen Beschäftigungsverhältnisse und der unzureichenden Systeme der Einkommenssicherung (bedingt, bedürftigkeitsorientiert, nicht hoch genug) zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens in Europa?**

**Antwort**

Durch entsprechende Beschäftigungschancen soll es in Europa allen möglich sein, existenzsichernde Einkommen zu erzielen. Hierfür wollen wir in Deutschland auch weiterhin zu niedrig entlohnte Arbeitnehmer finanziell unterstützen. Der jetzt geplante Mindestlohn wird wegen Familiengröße und Arbeitszeit nur für einen geringen Teil der so genannten Aufstocker zu einem Ende des Aufstockens führen. Finanzielle Unterstützung soll Arbeitsuchende motivieren, Beschäftigungschancen zu ergreifen. Es gilt Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu fördern. Für Menschen, die z. B. aus Gesundheitsgründen nicht arbeiten können, soll es auch weiterhin eine auskömmliche Grundsicherung geben.

**3. Hält Ihre Partei wissenschaftliche Forschung zum bedingungslosen Grundeinkommen als Instrument zur Verbesserung der sozialen Sicherungssysteme für sinnvoll?**

**Antwort**

Wir setzen uns für die Freiheit der Forschung ein. Dies schließt auch Forschung an dem von Ihnen genannten Thema ein, ohne dass man dies von vornherein an die Bedingung einer späteren konkreten Umsetzung in den Sozialsystemen knüpfen sollte.

**4. Hat Ihre Partei die Europäische Bürgerinitiative Grundeinkommen unterstützt, mit der rund 300.000 Bürgerinnen und Bürger der Forderung nach der Erforschung eines Weges zu emanzipatorischen sozialstaatlichen Rahmenbedingungen in der EU mittels eines bedingungslosen Grundeinkommens Nachdruck verliehen haben? Wenn ja wie? Wenn nein, warum nicht?**

**Antwort**

Nein. Siehe Antwort zu Frage 2.

**5. Wie steht Ihre Partei zu der mit großer Mehrheit und von Mitgliedern aller Fraktionen des Europäischen Parlaments gefassten Entschließung über Mindesteinkommen vom Jahr 2010, in der das Parlament die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten der Europäischen Union auffordert, "zu prüfen, wie verschiedene Modelle bedingungsloser und der Armut vorbeugender Grundeinkommen für alle zur gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Eingliederung beitragen könnten, wobei insbesondere zu berücksichtigen ist, dass sie nicht stigmatisierend wirken und geeignet sind, Fälle von verschleierter Armut zu vermeiden"? Siehe Ziffer 44 in der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 20. Oktober 2010 zu der Bedeutung des Mindesteinkommens für die Bekämpfung der Armut und die Förderung einer integrativen Gesellschaft in Europa (2010/2039(INI))**

**Antwort**

Wir halten es für einen guten demokratischen Stil, Parlamentsbeschlüsse in geeigneter Weise zu berücksichtigen.

**6. Welche konkreten Initiativen haben Ihre Partei und die Mitglieder Ihrer Partei im Europäischen Parlament und im Deutschen Bundestag zur Umsetzung dieses Prüfauftrages, beschlossen durch das Europäische Parlament, ergriffen? Welche konkreten politischen Initiativen hat Ihre Partei ergriffen, um die Bundesregierung zur Umsetzung des Prüfauftrages zu bewegen?**

**Antwort**

Wir haben mit unseren damaligen Koalitionspartnern FDP und CSU schon 2009 im Koalitionsvertrag vereinbart, die Frage nach Einführung eines Bürgergeldes zu prüfen. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat daraufhin in den letzten Jahren mit Bewertungen entsprechender Konzepte begonnen.

**7. Hat Ihre Partei das Europäische BürgerInnen-Manifest für Demokratie, Solidarität und Gleichheit zur Kenntnis genommen, in dem die Bürgerinnen und Bürger Europas u. a. die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens auf europäischer Ebene fordern? Haben Europaabgeordnete Ihrer Partei Kontakt mit den Organisatorinnen und Organisatoren des Manifests aufgenommen, um sich über die Forderungen der Bürgerinnen und Bürger Europas auszutauschen und politische Initiativen, zum Beispiel zum Grundeinkommen, zu ergreifen? Wenn ja, mit welchem Ergebnis?**

**Antwort**

Die Europaabgeordneten sind frei in der Ausübung ihres Mandats. Genau wie die Kandidaten zur Europawahl befinden sie sich in vielfältigen Diskussionen bzw. Kontakten mit den unterschiedlichsten Initiativen. Die Organisatorinnen und Organisatoren des Manifests sind herzlich eingeladen, auf unsere Abgeordneten und Kandidaten zuzugehen, um sich mit ihnen über die Forderungen der Bürgerinnen und Bürger Europas auszutauschen.

**8. Viele namhafte WissenschaftlerInnen haben sich weltweit für ein Grundeinkommen ausgesprochen, unter ihnen mindestens sieben Nobelpreisträger der Wirtschaftswissenschaften. Es gibt immer mehr Forschung zu diesem Thema . Die Literatur zu ökonomischen, sozialen, politischen, ethischen und rechtlichen Aspekten des Grundeinkommens wächst. (Wie) will ihre Partei die Diskussion und die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens in Europa befördern?**

**Antwort**

Die CDU hat sich in einer eigens zu diesem Thema eingesetzten Kommission „Solidarisches Bürgergeld“ zwischen 2007 und 2009 intensiv damit beschäftigt. Wir ermuntern auch andere, sich eingehend mit dem Thema zu beschäftigen.

**9. Welche konkreten Vorstellungen zum Grundeinkommen sind im Programm Ihrer Partei zur Wahl des Europäischen Parlaments enthalten? (Bitte Textstellen und Links angeben.)**

**Antwort**

Unter diesem Link finden Sie unser Euopawahlprogramm:

<https://www.cdu.de/sites/default/files/media/140405-beschluss-gemeinsam-erfolgreich-in-europa.pdf>

In unserem Wahlprogramm zur Europawahl schildern wir auf den Seiten 15 ff., wie wir es erreichen wollen, dass notwendige Reformen und bessere Koordination der Wirtschaftspolitik Beschäftigungschancen in ganz Europa verbessern helfen sollen. Dies stärkt unserer Auffassung nach auch die Möglichkeiten der Einkommenserzielung.

**10. In der ganzen Welt schließen sich mehr und mehr Menschen in Netzwerken zusammen, um das Grundeinkommen durchzusetzen. Das deutsche Netzwerk Grundeinkommen wurde 2004 gegründet. Es ist der deutsche Zweig des Basic Income Earth Network (BIEN). Pilotprojekte zeigen, dass ein Grundeinkommen ein geeignetes Instrument zur Erreichung des UN-Millenniumsziels 1 (Bekämpfung von extremer Armut und Hunger) ist. Wie bewertet Ihre Partei ein Grundeinkommen im Hinblick auf die Armutsbekämpfung sowie die Einhaltung der Menschenrechte?**

**Antwort**

Siehe Antwort zu Frage 2.